

1. Nürnberger Afrikakongreß: Afrikanische Migranten in Deutschland und die gesellschaftliche Integration

**Samstag, 30. Oktober 2010, 14.30 bis 19.30 Uhr
Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg, Königstr. 64**



Laut Programmfaltblatt wollte der Kongreß (die vierte größere Veranstaltung, die Afrodeutsche e.V. im Caritas-Pirckheimer-Haus durchführte) „die Lebenssituation von Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland beleuchten und Möglichkeiten diskutieren, ihre Situation hier zu verbessern“.

Nach grober Schätzung waren, im Verlauf der Tagung etwas fluktuierend, insgesamt ca. 100 bis 120 Interessierte, darunter auch etliche Jugendliche erschienen, die sich auch an den Diskussionen nach dem Hauptvortrag, bei den beiden Workshops und nach der Zusammenfassung ihrer Ergebnisse lebhaft beteiligten.



Robert Katianda



Dr. Siegfried Grillmeyer



Dr. Sylvie Nantcha



Martina Mittenhuber

Aus Freiburg/Br. war Frau Dr. Sylvie Nantcha angereist, um als Moderatorin durch das Programm zu führen.

Nach den Begrüßungen durch den Hausherrn, Akademedirektor Dr. Siegfried Grillmeyer, und den Vorsitzenden von Afrodeutsche e. V., Herrn Robert Katianda, wurden Grußworte von MdL Martin Neumeyer, dem Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (der am persönlichen Erscheinen verhindert war und seine schriftlich eingesandte Ansprache vom Generalsekretär des Vereins verlesen ließ), von Martina Mittenhuber, der Leiterin des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg, von Diana Liberová, der Vorsitzenden des Integrationsrats der Stadt Nürnberg, und von Herrn Michel Gosselin, dem Honorarkonsul der Republik Frankreich in Fürth, an die Versammlung gerichtet.



Diana Liberová



Michel Gosselin

Mit seinem sozialwissenschaftlichen, auf den Ergebnissen seiner Quellen- und empirischen Studien für seine Dissertation aus dem Jahre 2008 beruhenden Vortrag rückte dann Dr. Rolf Benndorf von der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung das in der heillos-hektischen, von stereotypen Vorstellungen und falschen Annahmen dominierten öffentlichen Debatte der vergangenen Wochen projizierte Bild von Einwanderern allgemein und solchen aus Afrika im Besonderen und von der angeblich von ihnen vielfach verweigerten „Integration“ mit den von ihm erhobenen konkreten Daten und Zahlen zurecht .



Dr. Rolf Benndorf bei seinem Referat

Das Thema des Vortrags war (in absichtlicher leichter Abwandlung des Dissertationstitels) von den Kongreßveranstaltern so formuliert worden: „Afrikanische Migranten in Deutschland und die gesellschaftliche Integration“. Schon einleitend widersprach Benndorf dem mit keinerlei wissenschaftlichen Untersuchungsergebnissen belegbaren, in jener erwähnten unseligen „Integrationsdebatte“ von konservativen Politikern in offensichtlich populistischer Absicht behaupteten Klischee, daß vornehmlich muslimische Einwanderer unwillig seien, sich in die deutsche Mehrheitsgesellschaft einzufügen („sich zu integrieren“). Einigkeit bestehe immerhin darüber, daß von „Integration“ gesprochen werden könne, wenn Einwanderern und ihren Kindern bei der schulischen Ausbildung und im Berufsleben die gleichen Bedingungen und Möglichkeiten gewährt werden wie den alteingesessenen Deutschen; ferner, wenn sie sich in der deutschen Sprache ausreichend verständigen können; und schließlich, wenn sie die kulturellen Grundwerte der deutschen Gesellschaft anerkennen. Unstrittig seien die ersten beiden Punkte. Letzterer Aspekt werde allerdings von manchen Politikern und ihren Anhängern nicht auf die allge-

meinen, in allen Verfassungen Europas garantier- ten demokratischen und liberalen Werte und Menschenrechte begrenzt, wenn sie von „deutscher Leitkultur“ sprechen. Benndorf plädierte dafür, daß bei der Frage nach „Integration“ nur die Anerkennung solcher „Verfassungskultur“ und die gleichberechtigte Mitwirkung der Immigranten an deren Gestaltung und Auslegung eine Rolle spielen dürften. Mit den von ihm erhobenen Daten zu den rund 270.000 amtlich gemeldeten Einwanderern aus ganz Afrika, einschließlich Nordafrika, (weitere 210.000, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, seien statistisch nicht faßbar) überprüfte Benndorf dann im Vergleich mit Daten zu türkischen und italienischen Einwanderern, zunächst – unterschieden nach Männern und Frauen – deren Situation auf dem Arbeitsmarkt. Dabei zeigte sich, daß „die überwiegende Mehrheit der Afrikanerinnen und Afrikaner deutlich schlechter in den Arbeitsmarkt integriert sind als Deutsche, Italiener oder Türken, obwohl 55% zwischen 25 und 44 Jahre alt sind und damit einer Altersgruppe angehören, die auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt eingestellt und befördert wird“.

Als Ursachen hierfür benannte Benndorf gesetzliche Beschränkungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt durch eine befristete Aufenthaltserlaubnis und durch „fehlende Anerkennung von Bildungsabschlüssen“, ferner einen verschärften Wettbewerb besonders bei weniger qualifizierten Arbeitskräften nach Einführung des „Hartz-IV-Gesetzes“, eine geringere schulische und berufliche Qualifikation, geringere sprachliche und berufliche Kompetenz wegen nur vorübergehenden Aufenthalts, außerdem das Fehlen eines ethnisch differenzierten Arbeitsmarkts und nicht zuletzt auch die häufige Diskriminierung wegen ethnischer Herkunft und Hautfarbe. Ähnlich unterrepräsentiert seien Afrikaner auf dem „Bildungsmarkt“. Statistisch noch schwerer zu ermitteln seien Sprachbeherrschung und kulturelle Anpassung von eingewanderten Afrikanern. Immerhin lasse sich eine Tendenz an der Anzahl von Einbürgerungen ablesen, da ein Neubürger hierfür nach § 10 Abs. I des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) nachweisen müsse, daß er „(1) unterhaltspflichtige Familienmitglieder eigenständig versorgen kann, (2) über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt, (3) nicht vorbestraft ist, (4) keine verfassungsfeindlichen Aktivitäten unternahm und (5) sich seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhält“. Es sei beeindruckend,

daß zwei Drittel der ca. 10.000 in den letzten Jahren eingebürgerten afrikanischen Einwanderer nach dieser Gesetzesgrundlage im Durchschnitt nach fast 13jährigem Aufenthalt die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten (während dies bei Türken im Durchschnitt rund 20 Jahre dauerte). Am politischen Leben, soweit dies an der Mitgliedschaft bei Parteien und Gewerkschaften ablesbar ist, beteiligten sich Afrikaner weit weniger als Italiener und Türken; doch bedeute dies nicht, daß sie sich nicht anderweitig, z. B. in Migrantenvereinen und in der Entwicklungsförderung ihrer jeweiligen Heimatländer, engagierten. Als Fazit stellte Benndorf fest, daß afrikanische Einwanderer und ihre Nachkommen vom Arbeitsmarkt und vom Ausbildungssystem trotz ihrem guten Willen noch nicht in gleichem Maße aufgenommen würden wie andere Einwanderergruppen, und daß rund ein Drittel der alteingesessenen Deutschen ihnen die gesellschaftliche Anerkennung verweigere. Mit 13 Vorschlägen dazu, was Staat, Parteien, die Gesellschaft und was Migrantenorganisationen zur Verbesserung dieser Situation beitragen könnten, beendete Benndorf sein Referat. In der anschließenden Diskussion wurden einige dieser Vorschläge (z. B. der, daß afrikanische Einwanderer und ihre Nachkommen sich auch selber um solche Verbesserung bemühen müßten) aufgegriffen und auch von afrikanischer Seite begrüßt.



Birgit Mair

Nach einer Imbißpause teilte sich das Publikum in zwei Arbeitsgruppen, deren eine sich direkt anschließend an Benndorfs Vorschläge – moderiert von Birgit Mair vom Nürnberger Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung e. V. und Gilles Tanko von Afrodeutsche e. V. – mit der Frage befaßte, „Welche Rolle können Afrikaner bei der gesellschaftlichen Integration des Groß-

raums Nürnberg spielen?“, und deren zweite – moderiert von Dr. Wolfgang Oppelt und Salvator Simbiyara von Afrodeutsche e. V. – das von dem Verein geplante „Afrikanische Kulturzentrum als Stätte der Information, Begegnung, Betreuung ... [usw.]“ diskutierte.



Gilles Tanko

Vor dem anschließend wieder versammelten Plenum wurden die Ergebnisse beider Arbeitsgruppensitzungen zusammengefaßt und gemeinsam erörtert. Hierbei entspann sich eine lebhafte Debatte etwa um die der ersten Arbeitsgruppe entsprungene Idee, daß eine diskriminierende Vorauswahl von Stellenbewerbern aufgrund eines fremdländischen Namens und eines Bewerbungsfotos, das einen Schwarzen zeigt, mit einer anonymen Bewerbung vermieden werden könne; daß dies funktioniert, erschien indes doch etwas fraglich. Als praktikabler wurde die Einführung eines Mindestlohns angesehen, der Eingewanderte nicht mehr benachteiligt. Auch die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse und Diplome, die vor allem auch schneller als bisher stattfinden müßte (sofern sie überhaupt stattfand), würde die Lebenssituation vieler Einwanderer wesentlich verbessern.



Dr. Wolfgang Oppelt

In der Diskussion um das vorgesehene Kulturzentrum, das ein Ort interkultureller Begegnung und Geselligkeit, Information, Bildung, Beratung und Betreuung in allen Fragen und Schwierigkeiten, mit denen Eingewanderte und ihre Familien konfrontiert sind, werden solle, wurde u. a. auf bereits bestehende kulturelle Initiativen und Einrichtungen hingewiesen (wie etwa auf das von Günter Simon geleitete „Collegium Martin Behaim“ und auf die Reihe „Afrikanische Kinowelten“ im kommunalen Filmhaus-Kino), mit denen indes die Organisatoren ohnehin schon eine enge Kooperation vorsehen haben.



Salvator Simbiyara

Der Generalsekretär von Afrodeutsche e. V., Dr. Wolfgang Oppelt, versuchte zum Abschluß des Kongresses mit einem „Resümee & Ausblick“ die Fragen, die dieser Kongreß gestellt aber gewiß nicht völlig zu lösen vermocht hat, zusammenzufassen. Im Blick auf die aktuelle hysterisch-hitzige, von Vorurteilen und Ignoranz geprägte öffentliche Diskussion des Themas „Migration und Integration“, in der nie davon die Rede sei, daß eine „Integrationsverweigerung“ ja vielleicht gerade auch der ihre eigene angebliche „Leitkultur“ definierende urdeutsch-indigene Mehrheitsgesellschaft vorgeworfen werden könnte, versuchte er dafür zu plädieren, daß das vom Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung Martin Neumeyer in seinem Grußwort mit der Redewendung „Mir könn zamm“ gemeinte „Wir-Gefühl“ in dieser Mehrheitsgesellschaft mehr gefördert werde, anstatt daß die Politik mit zunehmender Verschärfung der Ausländergesetzgebung unter Androhung von Sanktionen allein den Einwanderern die Verantwortungslast für den gesamtgesellschaftlichen Integrationsprozeß aufbürdet. Mit seinem Afrikanischen Kulturzentrum wolle jedenfalls der Verein Afrodeutsche zur Entwicklung

solchen Gemeinschaftsgefühls nach Kräften das Seinige beitragen.



Nach den Schlußbemerkungen von Frau Dr. Nantcha ergriff Herr Katianda nochmals das Wort, um im Namen des Vereins Afrodeutsche allen Teilnehmern für ihr Kommen, vor allem jedoch dem Caritas-Pirckheimer-Haus und Akademiedirektor Dr. Grillmeyer für ihre Gastfreundschaft und für die perfekte Organisation, Pater Klaus Vähröder von der Jesuitenmission sowie dem Kulturreferat der Stadt Nürnberg mit Frau Petra Kittler für die gewährten Zuschüsse und schließlich den Rednern und allen sonstigen Beteiligten zu danken und allen einen guten Nachhauseweg und ein schönes Wochenende zu wünschen.



Nürnberg, 26.11.2010

Robert Katianda
(Vorsitzender)

Dr. Wolfgang Oppelt
(Generalsekretär; Protokoll)